

Ordenssegen finanziert Funktionäre

Bedeutende Nebeneinnahmen für die Spitzen des Regimes

Erst dieser Tage nahm die Öffentlichkeit Kenntnis von einer bereits im April vergangenen Jahres geschaffenen SED-Institution: der „Verwaltung für staatliche Auszeichnungen“. Die wenigsten jedoch wissen, was sich hinter dieser Einrichtung verbirgt. Hier werden jährlich Unsummen nicht näher bezeichneter „Ehrengaben“ unter den Spitzen des Regimes aufgeteilt. Mit jedem Orden, jedem Nationalpreis oder Titel sind staatliche Geschenke verbunden, die das Regime seinen treuen Dienern zahlt. Vom „Vaterländischen Verdienstorden“ bis hinunter zum „Meisterbauer“ wird hier politische Korruption getrieben, die so gar nicht zu dem Wunschgesicht der „Arbeiter- und Bauernfunktionäre“ paßt.

Das mit Gründung der Ordens-Behörde verabschiedete Gesetz „Über die Würdigung hervorragender Leistungen durch Verleihung staatlicher Auszeichnungen“ sieht die Vergabe von rund 40 Titeln vor, die ausnahmslos mit Geldprämien verbunden sind.

Während das Gesetz die Bezahlung der Intelligenzler und Industrie-Aktivisten genauestens vorschreibt, sind über fünf ausschließliche Staatsfunktionären vorbehaltenen Auszeichnungen keine Bestimmungen enthalten. Daraus hat sich die Meinung gebildet, diese Orden seien eine „rein dekorative Angelegenheit“. Wie aber sieht es tatsächlich aus?

„Jeder kommt einmal dran!“

Da sind die beiden höchsten Sowjetzonen-Orden, der „Karl-Marx“- und der „Vaterländische Verdienstorden“. Sie werden reihum an die Spitzen von Partei und Regierung abgegeben. „Jeder kommt einmal dran, spätestens an seinem 60. Geburtstag oder 50. Partejubiläum!“ so kursiert die Direktive.

Hier liegt es im Ermessen der Präsidialkanzlei, wie hoch die damit verbundene Prämie nominiert wird. Beim Verdienstorden, der meist am „Tag der Republik“ vergeben wird, liegt diese Summe zwischen 20 000 bis 80 000 DM Ost. Sie wird in Form einer in der Verleihungs-

urkunde nicht aufgeführten Prämie gezahlt. Der „Karl-Marx-Orden“ für „besondere Verdienste beim planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ bringt 10 000 bis 100 000 DM Ost, je nach Rang und Verdienst des Dekorierten.

Der Orden „Banner der Arbeit“, hauptsächlich für Wirtschafts- und Staatsfunktionäre, ist mit einer Prämie von 10 000 bis 50 000 DM Ost verbunden. Wer die „Medaille für treue Dienste in der Deutschen Volkspolizei“ erhält, kann aus einem Sonderfonds bis zu 40 000 DM Ost erwarten.

Der Korruption der Sowjetzonen-Intelligenz sind die „Nationalpreise“ gewidmet. Hiervon werden jährlich 48 mit einer Gesamtsumme von 2,2 Millionen D-Mark Ost vergeben. Für den Preis 1. Klasse zahlt die Ordensverwaltung 100 000 DM Ost, 2. Klasse 50 000 DM Ost, 3. Klasse 25 000 DM Ost. Den „Nationalpreis“ kann man mehrmals hintereinander erhalten.

Geht der „Nationalpreis“ in erster Linie an kulturpolitische Funktionäre, so ist der Titel „Hervorragender Wissenschaftler des Volkes“ für jene Forscher und Wissenschaftler gedacht, die das Regime um jeden Preis zu halten versucht. Ihnen zahlt man dafür 40 000 DM Ost. Der „Verdiente Techniker des Volkes“, von denen man mehr besitzt, bekommt nur 8000 DM

Ost. Die gleiche Summe steht „Verdienten Lehrern“ und Ärzten zu.

Überhaupt richtet sich die mit einem Titel verbundene Prämie immer nach dem Grad des Mangels, den der Staat an der betreffenden Berufssparte besitzt. Der „Verdiente Bergmann“ ist 10 000 DM Ost wert, der „Verdiente Eisenbahner“ nur noch 5000, der „Verdiente Aktivist“ 1000 DM Ost! Verdiente Züchter und Tierärzte, die überall auf den Kolchosen fehlen, steigen wiederum auf 10 000 und 8000 Ostmark.

Henneckes sind billiger

„Helden der Arbeit“ sind jene, die als SED-Betriebsdirektoren oder in den Fachministerien die Planerfüllung überwachen. Sie erhalten dafür 10 000 DM Ost. Die „Klein-Henneckes“, die noch in der Produktion stehen, sind billiger. Der „Verdiente Aktivist“ bekommt noch einmal 1000 DM Ost, den Aktivist entlohnt man bereits in geringen Summen aus einem betrieblichen Fonds. Nur der „Meisterbauer“ kann noch auf 1000 Ostmark Anspruch erheben, die „Verdienten Erfinder“ und Meister werden unerheblich abgespeist.

Auszahlen kann sich dieser Ordenssegen bei Regierungs- und Parteifunktionären, die durch oft drei oder vier aufeinanderfolgende Auszeichnungen u. U. mehrere hunderttausend D-Mark Ost an Staats-Dotationen erhalten. Hier belohnt die Partei die ihr treu ergebenen Funktionäre, die sich damit endgültig zur Ruhe setzen. Nur wenige selbst unter den mittleren SED-Funktionären kennen die Korruption und den Intrigenkampf, der sich alljährlich um die Ordens-Vergaben abzuspielen pflegt.

J. B. Cradl:

Lächeln genügt nicht

Die vergangene Woche hat vermocht, neue Zuversicht in die Welt zu bringen, aber auch Ernüchterung. Quelle der Zuversicht ist der bisherige Verlauf der Atom-Konferenz in Genf. Wer die Wissenschaft vom Atom nicht versteht — und wahrscheinlich sind es in der ganzen Welt noch keine tausend Spezialisten, die sie ganz verstehen —, ist dabei in einer schwierigen Lage. Er kann sich nur auf die Sachverständigen verlassen und sich im übrigen auf das Staunen beschränken. Wenn es wirklich möglich werden sollte, das Geheimnis des pflanzlichen Lebens aufzudecken, dann wäre das allein ausreichend, um das in diesen Tagen viel gebrauchte Wort vom Beginn eines neuen Zeitalters zu rechtfertigen. Nachdem die Wissenschaftler so viele unerhörte Leistungen vollbracht haben, wagen sich auch kaum noch Zweifel hervor, daß ihre Versprechungen für die Zukunft — zum Beispiel praktisch unbegrenzte Energiegewinnung — nicht erfüllt werden könnten.

Ernüchterndes Geschehen

Aber der Mensch bleibt dennoch nur Mensch. Und die Sorge, der Mensch könnte diesen ungeheuren Möglichkeiten nicht gewachsen sein, wird bei alledem nicht geringer, sondern größer. Zuviel menschliche Hybris, zuviel frevelhafter Übermut hat sich in der Geschichte gezeigt, von der ältesten bis zur jüngsten — wenn man will, von Babel bis Hitler. Die Wissenschaftler sitzen zwar in Genf ohne Unterschied der Rasse und der Nation friedlich zusammen und tauschen ihr Wissen in einem Maße aus, das nicht für möglich gehalten worden war. Das erfüllt nicht minder mit Zuversicht, als es die Fortschritte der Atomtechnik als solche tun. Aber die Professoren in Genf sind „nur“ Wissenschaftler, sie sind nicht die Politiker, die die Völker führen und letztlich bestimmen, welcher Gebrauch von den neuen Erkenntnissen gemacht wird.

Die politischen Geschehnisse

aber waren in der letzten Woche nur geeignet, die bedrückende Größe der Schwierigkeiten zu verdeutlichen, die erst überwunden werden müssen, wenn aus dem etwas krumphaftenen Lächeln der Entspannung ein frohes und freies Lachen echten Friedens werden soll: die plötzliche Zuspitzung in Korea, wo der Scheinfriede des vor Jahren geschlossenen provisorischen Waffenstillstandes gefährdet scheint — die Schwierigkeiten in Indochina, wo der Befriedungskalender in Gefahr ist, auf den sich die Genfer Ostasienkonferenz vor einem Jahr mühsam geneigt hatte — die Entwicklung an der Saar, wo die deutsche Bevölkerung einen anderen Weg gehen will, als die hohe Diplomatie ihn sich gedacht hatte — auch die Rede Grotewohls, die eine glatte Absage an freie gesamtdeutsche Entwicklung ist. Das alles zeigt Gefahrenherde der Welt, die erst beseitigt werden müssen, wenn Frieden werden soll.

Nicht nur in Korea ist die Sorge wach, man könnte schließlich über den neuen Freundschaftsversuch der Weltmächte vergessen und in dem so unnatürlichen Zustand der Spaltung des Landes belassen werden. Auch in unserem eigenen Lande lebt die Sorge, die Mächte könnten die Teilung auf lange Zeit bestehen lassen, weil sie sich nicht besser zu einigen vermögen. Schließlich ist sogar an der Saar das treibende Motiv der deutschen Bevölkerung die Furcht, mit dem Statut solle ihr Schicksal für alle Zeit besiegelt werden, weil der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages kein realer Termin für eine Änderung ist.

Der amerikanische Außenminister hat vor der Presse erklärt, geteilte Länder dürften nicht mit Gewalt wiedervereinigt werden, da dies zu einem Atomkrieg führen könnte. Der Standpunkt von Dulles ist voll verständlich, und nichts ist gegen seine Absage an den Krieg zu sagen. Doch auch die Verzweiflung der Betroffenen ist verständlich, die ganz und gar auf die Vernunft der Weltmächte angewiesen sind, deren Beteiligung das Ganze erst in Atomkriegsgefahr bringt. Angewiesen insbesondere auf die Vernunft so harter und macht-

bewußter Verhandlungsgegner wie die Sowjetunion und Rotchina! Wir sind hier weit von Korea entfernt und kennen die Einzelheiten nicht genügend. Wir wollen auch die Methoden nicht einfach billigen. Aber gerade wenn man an die eigene deutsche Lage denkt, kann man sich des Verständnisses dafür nicht erwehren, daß Südkorea mit aller Kraft auf das ungelöste Problem Korea aufmerksam macht.

Hoffentlich heilsam

Für die Großmächte könnten Ereignisse wie diese ganz heilsam sein. Insofern jedenfalls, als ihnen eindringlich vor Augen geführt wird, daß für den Frieden mehr erforderlich ist als nur die Zufriedenheit der Großen selbst. Es genügt nicht, wenn sich die Mächtigen dieser Erde, wenn sich insbesondere die Vertreter der beiden größten Mächte zulächeln und sich gegenseitig ihre Friedensliebe beteuern. Beide sind von der Geschichte auf den Gipfel der Weltmacht gehoben worden. Damit haben sie Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für alle anderen und für alles andere. Sie würden dieser Verantwortung nicht gerecht, wenn sie die internationalen Probleme zu sehr aus innenpolitischen Gesichtspunkten betrachten würden: die Sowjetführer mit dem Willen, mittels internationaler Anerkennung die Position im eigenen Lager zu festigen, die USA im Hinblick auf die Präsidentenwahl im nächsten Jahr. Alles, was mit der Genfer Konferenz vor wenigen Wochen begonnen worden ist und was die Menschheit endlich wieder hoffen läßt, ist auf Sand gebaut, wenn jene Völker nicht durch vernünftige Regelung zu Freiheit und Frieden gebracht werden, die heute die Schnittpunkte der gegenüberstehenden Großmachtinteressen bilden.

Gibt es soviel Vernunft?

Wird es soviel Vernunft geben in den kommenden Monaten? Bei den Verhandlungen in Moskau, in Genf, in London und wo sonst auch immer? Man kann nur hoffen, auch nach und trotz der letzten Woche. Wenn allerdings das, was Grotewohl

Fortsetzung Seite 6

Grundsätze für Sozialreform

Bonn (Eigenmeldung). Die Vorarbeiten für die Sozialreform, die unter anderem eine Verbesserung der Altersrenten in der Sozialversicherung vor- sieht, werden beschleunigt vorangetrieben.

Unter Leitung von Vizekanzler Blücher trat der Ministeraus- schuß der Bundesregierung für die Vorbereitung der Sozial- reform zum ersten Male in Bad Godesberg zusammen.

Wie von zuständiger Seite verlautet, werden einige Grund- sätze für die kommende Sozial- reform, die im wesentlichen 1956 verwirklicht werden soll, schon als festliegend angesehen. Zu den wichtigsten Punkten ge- hören z. B., daß die Altersrenten in der Sozialversicherung erhöht und in ein Verhältnis zum Arbeitsverdienst gebracht werden sollen, den der Versicherte während seiner ganzen Arbeits- zeit erhalten hat.

Industrie kehrt nach Berlin zurück

Schon 5000 neue Arbeitsplätze durch Betriebs-Verlagerungen

Berlin (DPA/Eigenmeldung). Bedeutende Unternehmen der Westberliner Elektro- und Me- tallindustrie treffen Vorberei- tungen, um einige ihrer Ferti- gungs-Anlagen wieder aus dem Bundesgebiet nach Berlin zu- rückzuverlegen.

Der Präsident des Berliner Landesamtes, Fleisch- mann, teilte in einer Bespre- chung mit, daß zur Zeit Ver- handlungen über eine derartige Rückverlegung der Fabrikation von Rundfunkgeräten und -teilen, Fernsehapparaten und Kleinmotoren im Gange seien. Dadurch sollen bis zum Früh- jahr 1956 rund 5000 neue Ar- beitsplätze geschaffen werden, auf denen vor allem Frauen eingesetzt werden.

Dies sind die ersten sicht- baren Auswirkungen der zwan- zigprozentigen Ermäßigung bei den Einkommen- und Körper- schaftsteuern in Berlin. Für die Industrie ist es jetzt besonders günstig, stark arbeitsintensive Fertigungen für hochwertige Erzeugnisse, die Gewinne ab-

Die Widersprüche Grotewohls

Tillmanns und Thedieck zur Volkskammer-Erklärung

Berlin (DPA/Eigenmeldung). Maßgebende Vertreter der Bun- desregierung lehnten die Volkskammer-Erklärung Grotewohls zur deutschen Frage und seine „Angebote“ entschieden ab. Bun- desminister Dr. Robert Tillmanns sagte in einem Gespräch mit einem Pressevertreter, Grotewohl habe sich in seiner Erklärung vor der Volkskammer zur Frage der Wiedervereinigung durch freie und geheime Wahlen selbst widersprochen.

Grotewohl habe erklärt, vor der Ratifizierung der Pariser Verträge sei die Sowjetzone be- reit gewesen, die Wiederverei- nigung Deutschlands auf dem Wege gesamtdeutscher Wahlen herbeizuführen. Andererseits habe er die Auffassung vertre- ten, daß die Wiedervereinigung nur unter voller Berücksich- tigung der Interessen der „DDR“, ihrer inneren und äuße- ren Position möglich sei. Dieser Widerspruch zeige deutlich, so betonte Minister Tillmanns, daß Grotewohl auch vor der Rati- fizierung der Pariser Verträge eine Wiedervereinigung durch echte, freie und geheime Wahlen nicht gewollt habe.

Tillmanns sagte weiter, die Forderung Grotewohls zur Her- stellung von Kontakten zwi-

schen beiden Teilen Deutsch- lands stehe in krassem Wider- spruch zu den Verkehrsbehin- derungen, die in der letzten Zeit durch die Sowjetzonenorgane, z. B. durch die Autobahngebüh- ren und andere Maßnahmen, eingeleitet worden seien.

Abschließend wies der Bun- desminister darauf hin, die stän- dige Wiederholung der alten Unterstellung, daß die Völker des freien Westens einen „ag- gressiven Krieg“ gegen den Osten wollten, stehe in krassem Gegensatz zu dem, was die maß- gebenden Vertreter der Sowjet- union selbst nach der Genfer Konferenz erklärt hätten.

Was heißt „reale Lage“?

Der Staatssekretär im Bundes- ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, stellte in einem Rundfunk-Kommentar die Frage, was die überein- stimmende Feststellung von Bulganin, Chruschtschow und Gro- tewohl bedeute, daß eine „me- chanische Vereinigung“ der ver- schiedenartig entwickelten Teile Deutschlands eine „unreale Sache“ sei. Thedieck erklärte, die immer wieder in der Bun- desrepublik klar zum Ausdruck gebrachte Meinung gehe dahin, daß der Weg zur Wiederverei- nigung über freie Wahlen führe. Zudem hätten die „großen Vier“ in Genf — und das habe Gro- tewohl offenbar übersehen — in den Direktiven für die bevor- stehende Außenministerkonfe- renz in klaren Worten festge- legt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen erfolgen müsse. Ange- sichts dieses klaren Tatbestan- des sei nicht einzusehen, warum Pläne und Versuche, die auf diesen Überlegungen beruhten, nicht der „realen Lage“ gerecht würden.

Schon am Freitag nannte Vizekanzler Blücher in einer ersten Stellungnahme die Erklä- rung Grotewohls eine „Rede ge- gen die Wiedervereinigung“.

Ostberlin

entläßt Westberliner

Präsident Fleischmann teilte weiter mit, daß im Ostsektor nach wie vor Westberliner, die dort arbeiten, entlassen werden. Im Durchschnitt würden monat- lich etwa 500 Kündigungen von Westberlinern ausgesprochen. Soweit es sich um Facharbeiter handele, bedeute ihre Einstel- lung bei Westberliner Betrieben keine Belastung für den Ar- beitsmarkt, da auch hier in einigen Zweigen bereits Fach- arbeitermangel zu spüren sei. Im Ostsektor arbeiten zur Zeit noch etwa 10 000 Westberliner, darunter 6000 bis 7000 Eisen- bahner, außerdem gewisse Funktionäre, die von den so- wjetzonalen Behörden und SED- Parteistellen Anweisung erhal- ten, ihren Wohnsitz in West- berlin nicht aufzugeben.

Deutsche Vorschläge an Moskau

Wiedervereinigung und Kriegsgefangene als Verhandlungsthemen für Adenauer

Paris (Eigenmeldung/AP). Die Bundesregierung hat der Sowjetunion vorgeschlagen, bei dem Besuch Bundeskanzler Dr. Adenauers in Moskau über die bereits vereinbarten Themen hinaus auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der deutschen Gefangenen in der Sowjetunion zu erörtern. Als Termin für den Besuch in Moskau wurde von deutscher Seite der 9. September vorgesehen.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Maltzan, übergab dem sowjetischen Botschafter Winogradow ein Schriftstück, das die Form eines Aide Memoire hatte. Der deutsche Botschafter verlas das Schriftstück und ergänzte es mit mündlichen Erläuterungen. Das Gespräch hatte einen freundlichen Charakter.

Die Bundesregierung erklärt u. a., daß die Frage der staatlichen Einheit Deutschlands und das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in unlösbarem Zusammenhang mit den von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Themen stehen.

Moskau hatte in einer Note vom 3. August als Verhandlungsthemen lediglich vorgeschlagen: Die Herstellung normaler diplomatischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen und gegebenenfalls Abschluß eines Wirtschaftsabkom-

mens. Botschafter von Maltzan wird die Antwort aus Moskau abwarten.

Sowjetarmee bleibt stärkste Streitmacht

Kommentare zu Moskaus Abrüstungsplänen

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Die Ankündigung der Sowjetregierung, daß sie ihre Streitkräfte bis zum 15. Dezember um 640 000 Mann verringern werde, ist in London, Paris und Washington begrüßt worden. Man erklärte jedoch, daß die Bedeutung dieser Maßnahme schwer zu beurteilen ist, da die Sowjetunion die tatsächliche Stärke ihrer Streitkräfte nie bekanntgegeben hat.

Ein amerikanischer Sprecher sagte, auch nach der Verringerung werde die Sowjetunion die stärkste Streitmacht der Erde haben.

Die Stärke der sowjetischen Streitkräfte wird in London auf 4,75 Millionen Mann geschätzt, dazu kommen etwa 1,3 Millionen

Neuer US-Stadtkommandant

Berlin (AP). Der bisherige stellvertretende kommandierende General der amerikanischen 5. Armee in Chikago, Generalmajor Charles L. Dasher, ist zum neuen Kommandanten des amerikanischen Sektors in Berlin ernannt worden. Dasher löst Generalmajor George Honnen ab, der seit Juli vergangenen Jahres amerikanischer Stadtkommandant war.

Soldaten in den Satellitenländern. Die britischen Streitkräfte wurden von 5 Millionen Mann bei Kriegsende auf gegenwärtig nicht ganz eine Million reduziert. Die USA haben ihre Armee erst kürzlich um 600 000 Mann verringert. (Siehe Karikatur Seite 7.)

Kein Gespräch Heuss — John

Bonn (DPA Eigenmeldung). Bundespräsident Heuss ist auf dem Berliner Empfangsabend am 19. Juli vorigen Jahres von dem damaligen Leiter des Verfassungsschutzamtes, Dr. Otto John, wohl kurz begrüßt worden, doch hat weder bei dieser Begegnung noch danach irgendein persönliches Gespräch mit John stattgefunden. Mit dieser Erklärung nahm das Bundespräsidialamt zu einem Artikel in der kommunistischen „Berliner Zeitung“ Stellung, in dem über ein angebliches Zusammentreffen Johns mit Heuss kurz vor dem Übertritt des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten in die Sowjetzone berichtet wurde.

Unter Agentenverdacht

Hannover (AP/Eigenmeldung). Seit dem 18. Juli befinden sich sieben Einwohner der Sowjetzone in Hannover in Untersuchungshaft. Sie wurden unter dem Verdacht der Agentenfähigkeit festgenommen.

Die Ostpresse hatte diesen Fall in Leitartikeln und Berichten groß herausgestellt. Dabei wurde die Tendenz verfolgt, die Absichten der sieben Verhafteten zu verharmlosen.

25 Jahre Bistum Berlin

Bundeskanzler beglückwünscht Bischof Weskamm

Bonn (DPA). Zur 25. Wiederkehr des Gründungstages des Bistums Berlin hat Bundeskanzler Dr. Adenauer dem katholischen Bischof von Berlin, Dr. Wilhelm Weskamm, telegrafisch seine Glückwünsche übermittelt.

„Das Bistum Berlin ist unter Ihrer Leitung und unter Führung Ihrer unvergesslichen Vorgänger Schreiber, Bares und Graf Preysing in diesen 25 Jahren zur geistigen Heimat von fast 700 000 Katholiken geworden und hat in den Jahren der Verfolgung ungezählten Glaubensbrüdern aus den Gebieten jenseits des Eisernen Vorhangs Aufnahme, Hilfe und seelischen Beistand gewährt“, heißt es in dem Telegramm. „Heute ist das

Bistum Berlin ein wichtiges Bindeglied zwischen den Deutschen in Ost und West. Eine erfreuliche Zusammenarbeit mit den evangelischen Christen fördert diese Aufgabe. Ich gedenke am Tage der 25. Wiederkehr des Gründungstages des Bistums Berlin besonders der schweren persönlichen und materiellen Opfer, die das Bistum zu bringen hatte und noch bringt. Möge aus diesen Opfern neue Kraft für unser christliches Volk erwachsen.“

Vor 25 Jahren, am 13. August 1930, unterzeichnete Papst Pius XI. die Bulle, durch die das katholische Bistum Berlin, das heute zum größten Teil in der Sowjetzone liegt, errichtet wurde.

Massenaustritte aus dem Konsum

Rückvergütungen für 1954 wurden gekürzt

Ohne besondere Ankündigung haben die sowjetzonalen Konsum-Genossenschaften ihre Rückvergütungen für das vergangene Jahr von 3 Prozent auf 1,3 Prozent gekürzt. In zahlreichen Versammlungen versucht man auf die Mitglieder einzuwirken, daß diese auch noch auf den Rest verzichten, um, wie es heißt, „den Konsum in seiner Rentabilität zu stärken“. Hinter diesen Winkelzügen verbirgt sich die Absicht, die dem kommunistischen Wirtschaftsprinzip zuwiderlaufenden Rückvergütungen spätestens 1956 überhaupt abzubauen.

Da man befürchtet, daß dann für die Konsum-Mitglieder der restliche Anreiz einer Mitgliedschaft entfällt, wird vorerst schrittweise vorgegangen. Die diesjährige Kürzung der Rückvergütungen wird mit „verschlechtertem Umsatzplan“ und „erheblichen Investitionen durch Erweiterung des Verkaufsstellen-Netzes“ begründet. Tatsache ist: Auf der letzten Konsum-Konferenz wurde der Umsatzplan für 1954 als „übererfüllt“ angegeben. Da sich die Rückvergütungen laut Statut nach dem Umsatz zu richten haben, konnten die Mitglieder eine mindestens dreiprozentige Rückgabe erwarten. Das Netz der Verkaufsstellen wurde jedoch kaum erweitert. Man hat im Gegenteil viele unrentable Konsumläden geschlossen und andere zu Großfilialen zusammengelegt. Durch die Übernahme von HO-Waren wurden die Konsumbetriebe 1954 überhaupt erst voll rentabel.

Betrug wurde bekannt

Durch Indiskretion zahlreicher Verkaufsstellenleiter, die an den letzten Konsum-Kreis Konferen-

zen teilgenommen haben, sind die wahren Absichten um den gegenwärtigen Betrug bekannt geworden. Viele Mitglieder sind sich darüber im klaren, daß die Rückvergütungen im kommenden Jahr ganz entfallen, wenn sie sich diesmal mit dem Betrag zufrieden geben.

Die erste Reaktion sind daher Massenaustritte aus dem Konsum-Verband. Um dem entgegenzuwirken, haben zahlreiche Kreisverbände „Offene Aussprachen“ mit den Mitgliedern angesetzt. Auf diesen will man die „Rädelsführer“ entdecken, die nach Meinung der von der

SED beherrschten Konsum-Direktion für die Massenaustritte verantwortlich sind. Gleichzeitig aber haben verschiedene Funktionäre der Konsum-Generalversammlung vorgeschlagen, den geplanten Abbau der Rückvergütungen noch um ein Jahr hinauszuschieben, bis der Konsum eine noch günstigere Ausgangsposition gegen den privaten Einzelhandel hat. Denn mit Recht befürchten die verantwortlichen Funktionäre durch die jetzige Entwicklung eine vorübergehende Stärkung der Privatwirtschaft.

Es liegt also völlig in der Hand der Mitglieder, wie sie sich auf den kommenden Konsum-Versammlungen durchsetzen werden: Ob sie mit stillschweigender Duldung des 1,3-Prozent-Betruges den weiteren SED-Absichten Vorschub leisten oder ob sie zweckentsprechend reagieren.

Wohnungen durch Kohlenabgabe

Die Streikvollmacht bei IG-Bergbau

Kassel (DPA/AP). Auf der Generalversammlung der IG Bergbau in Kassel teilte der Referent für den Bergarbeiter-Wohnungsbau, Fritz Schulz, mit, daß durch die Kohlenabgabe bis Oktober 1954 rund 615 Mill. DM aufgebracht wurden. Davon wurden rund 90 000 Wohnungseinheiten gebaut. Für 10 000 Einheiten stehen noch Mittel zur Verfügung.

Zum Beschluß der Generalversammlung, die Streikvollmachten des Hauptvorstandes der IG Bergbau zu erweitern, gab der zweite Vorsitzende, Gutermuth, die Versicherung ab, daß der Hauptvorstand nicht daran denke, eine Streikurabstimmung zu unterlassen. Er werde von seinen Vollmachten nur in Betrieben Gebrauch machen, wo eine Abstimmung durch unternehmerische Kurzsichtigkeit verhindert werde.

Bonn stoppt Stahl für die Zone

Folge von Pankows Lieferrückständen

Bonn (VWD). Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Landesbehörden angewiesen, bis auf weiteres Anträge auf Erteilung von Warenbegleitscheinen für die Lieferung von Erzeugnissen der Eisenindustrie, der Ziehereien und Kaltwalzwerke in die sowjetische Besatzungszone nicht mehr anzunehmen.

Das Ministerium teilt mit, daß die Entwicklung der sowjetzonalen Lieferungen über das sogenannte Unterkonto IV, also vor allem von Braunkohlenbriketts, Grubenholz, nur

Gegenlieferungen bis zur Höhe von 105 Mill. Mark gestatten werde, da der Umfang der westdeutschen Lieferungen vom Umfang der sowjetzonalen Gegenlieferungen abhängt. Die Wertgrenze von 105 Mill. Mark, an Stelle der ursprünglich geplanten 135 Mill., sei jedoch durch vorliegende Anträge auf Warenbegleitscheine für Stahl und Eisen voll ausgenutzt. Das Ministerium betont, daß, wenn die sowjetzonalen Lieferungen sich günstiger gestalten sollten, eine entsprechende neue Bekanntmachung des Ministeriums erfolgen werde.

DGB warnt vor Ostreisen

Düsseldorf (AP). Der DGB-Bundesvorstand hat allen Gewerkschaftsfunktionären untersagt, an Veranstaltungen in der Sowjetzone, in der Sowjetunion oder in den Satellitenstaaten teilzunehmen. Der Vorstand erklärte im Einvernehmen mit den 16 angeschlossenen Gewerkschaften, daß niemand von ihm beauftragt sei, an irgendwelchen Veranstaltungen in Ostblockstaaten teilzunehmen. Niemand sei berechtigt, dort als Vertreter der westdeutschen Gewerkschaften Erklärungen abzugeben.

„Pionierarbeit“ gleich Schule

Dresdener Jugendtreffen legt neue Erziehungsregeln fest

50 000 Kinder nehmen in diesen Tagen am II. Treffen der „Thälmann-Pioniere“ in Dresden teil. Parallel zu den „Kultur-Wettbewerben“ der hier versammelten Jungen und Mädchen aber finden in Dresden Arbeitskonferenzen zwischen der Leitung des Pionierverbandes, dem FDJ-Zentralrat, SED-Vertretern und Staatsfunktionären statt. Ihre Besprechungen dienen der Ausarbeitung neuer Erziehungsregeln in Schule und Pionier-Verband, die für alle Eltern alarmierend sein sollten.

Kernpunkt dieser Erziehungsregeln, die in Kürze in einem neuen Pionierstatut verankert werden sollen, ist die völlige Gleichsetzung von Schule und „Pionierarbeit“. Damit nehmen die Pionierleiter mindestens den gleichen Einfluß auf das Kind wie der Lehrer. Die Sechs- bis Vierzehnjährigen werden dem Elternhaus systematisch entfernt und künftig ohne besonderen Antrag nach Erreichung der Altersgrenze — zumeist mit der Schulentlassung — in die FDJ überführt.

Einfluß auf Versetzung

Der „Pionierleiter“ kann künftig maßgebliche Entscheidungsbefugnis auf die Versetzung oder Nichtversetzung eines Schülers ausüben. Seine Stimme wird nicht selten dabei ausschlaggebend sein. Die „außerschulische Erziehung“, zu der

sowohl „Jugendweihe“ als auch bereits eine gewisse vormilitärische Ausbildung gehören, wird nahezu die ganze kindliche Freizeit in Anspruch nehmen.

Sowjet-Signale für Zonenbahn

Beschluß einer Eisenbahn-Konferenz in Ostberlin

Berlin (Eigenmeldung). Ein einheitliches Signalsystem nach sowjetischem Muster in allen Ostblockstaaten, einschließlich der Sowjetzone, ist auf einer Eisenbahn-Konferenz in Ostberlin beschlossen worden.

Insbesondere für das Signalsystem der Sowjetzonen-Eisenbahn ergeben sich daraus grundlegende Veränderungen. Allerdings mußte sich die Technik der Sowjetzonenbahn wegen des nach den Schienendemontagen erforderlichen eingetragenen Systems schon in den vergangenen Jahren sehr eng mit

Da „Pionierarbeit“ und Unterricht weitgehend ineinander übergreifen werden, wird es in absehbarer Zeit fast unmöglich sein, ein Kind von dieser kommunistischen Zwangserziehung völlig fernzuhalten.

Letztes Stadium erreicht

Damit ist das letzte Stadium kommunistischer Kindes-Erziehung erreicht. Wie in der Sowjetunion wird das Kind mit Schulbeginn geistig dem Einfluß der Eltern entzogen. Diesen bleibt nur, das Kind zu kleiden und zu ernähren.

dem sowjetischen Signalsystem vertraut machen.

Eine Umstellung des Signalsystems würde den Interzonenzugdienst nicht beeinträchtigen, weil die Züge von der Zonen-grenze an innerhalb der „DDR“ von einer besonderen Lokomotivbrigade in öbistfelde übernommen werden. Nach der Wiedervereinigung werden ohnehin auch im Eisenbahnwesen gewaltige Aufgaben zu lösen sein, so daß eine nach sowjetischem Muster vorgenommene technische Veränderung des Signalsystems rückgängig gemacht werden muß.

Lächeln genügt nicht

Fortsetzung v. Seite 2

gesagt hat, der wahre Ausdruck sowjetischer Deutschlandpolitik sein sollte, dann wäre keine Hoffnung. Man hat der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung vorgeworfen, sie sei zu starr und entspreche zu wenig der Kompliziertheit der Aufgabe. Die Kritik war nicht immer unberechtigt, wenn auch zumal die sozialdemokratische Opposition gern vergessen hat, daß eine verantwortliche deutsche Regierung vielen Rücksichten und Hemmungen unterliegt, die der nicht verantwortliche Kritiker übergehen kann. Aber nach den Erklärungen aus dem Bereich der Bundesregierung in den letzten beiden Wochen, insbesondere auch aus dem Mund des Vizekanzlers, können die Kritiker, wenn sie sachlich sind, den Vorwurf schwerlich wiederholen.

Zur Genüge kennt man zum Beispiel die Kritik an der Poli-

tik der Pariser Verträge, in der sich die Opposition zwar unter anderen Gesichtspunkten und ungen, aber tatsächlich mit Moskau begegnet. Um so bemerkenswerter ist die Bemerkung Blüchers, daß es nicht so sei, als ob die Bundesregierung auf der unveränderten Form der Verträge bestehe; wenn alle Beteiligten über eine Änderung einig seien, werde die Bundesrepublik nicht im Wege stehen. Damit ist tatsächlich bis an die Grenze dessen gegangen, was bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge von deutscher Seite überhaupt an Verständigungswillen geäußert werden kann.

Man braucht diesen vernünftigen Erklärungen nur die Ausführungen Grotewohls gegenüberzustellen, um zu erkennen, wo Wille zur Wiedervereinigung bestimmend ist und wo nicht. Aber entscheidend ist letztlich ja nicht, ob Pankow der Vernunft zugänglich ist, sondern ob Moskau es ist. Bei den unmittelbaren Besprechungen zwischen den Lenkern der Sowjet-

politik und dem Bundeskanzler im September wird sich herausstellen, ob die Sowjets zu einer guten Lösung der deutschen Frage wirklich geneigt sind. In der vergangenen Woche hat es in der Presse der freien Welt einige gewichtige Stimmen gegeben, die vor den Gefahren der deutschen Teilung warnen.

Diese Stimmen könnten eine Mahnung an die Sowjets, aber nicht nur an sie, sondern an alle Mächte sein, im Streben nach Entspannung nicht in den Illusionismus eines Status-quo-Friedens zu verfallen. Als Deutscher kann man die Wirklichkeit, die Beachtung verlangt, gar nicht besser schildern, als es eine seriöse Londoner Zeitung dieser Tage getan hat: ein längeres Andauern der deutschen Spaltung wäre gefährlich für die Sicherheit Europas und Großbritanniens, da sie zu endlosen Reibungen und Unruhen führen würde. Und die Zeitung weist in diesem Zusammenhang mit Recht auch besonders auf Berlin hin.

Wachregiment Berlin

Alles kommt wieder, auch das Wachregiment Berlin. Diesmal nicht feldgrau oder braun, diesmal rot. Die kommunistische „Märkische Volksstimme“ hat es ausgeplaudert, wie weit die Heeresorganisation in der Sowjetzone und in Ostberlin schon fortgeschritten ist.

Das kam so: Vor kurzem feierte die „Märkische Volksstimme“ in Babelsberg ein Pressefest. In dem dazu herausgegebenen Programm findet sich folgender Satz: „... Großer Festumzug durch Potsdam und Babelsberg mit Kapellen der Kasernierten Volkspolizei, der Volkspolizei, Schalmaikapellen unseres Betriebes und dem Musikkorps des Wachregimentes Berlin beim Staatssekretariat für Staatssicherheit unter der Leitung von Hauptmann Heinz Mitsching.“

Da kümmern sich die Sowjets keinen Deut darum, daß für Berlin im ganzen der Viermächtestatus gilt. Da tritt ohne viel Umstände ein neues „Wachregiment Berlin“ in Erscheinung.

Kaum vorstellbar das Geschrei, wenn der Verteidigungsminister der Bundesrepublik in Westberlin das gleiche täte!

Laßt Haare!

In der Sowjetzone werden neuerdings Abfallhaare des Friseurgewerbes erfaßt. Der Staat kehrt sie sich mit dem Gesetzesbesen zusammen. Er will damit seine Rohstoffreserven polstern, und kein Zweifel: das war ein prämienerwerter Entschluß, ist doch sonst in puncto Vorräten dort drüben nicht sehr weich sitzen.

Aber man darf vielleicht auch auf die Gefahren dieser Sammelaktion aufmerksam machen. Aus Berlin könnten sich zum Beispiel westliche Haare einschleichen. Westberliner Haare sind oft igelartig hochgestellt, daher das Gegenteil von schmiegsam, außerdem sind sie fettiger. Abgesehen davon, daß wahrscheinlich auch noch einige Agenten drinhängen.

Man wird also sehr sorgsam die zu erwartenden Haar-Reserven prüfen müssen. Aber das ist ja keine entscheidende Schwierigkeit. Hauptsache, man

hat bald wieder genug Haare. Genug, um Pankows gesamtdeutsche Suppe zu würzen.

Drei Volkswagen aus der Luft

Unter notarieller Aufsicht wurden in Wolfsburg die Nummern der Gewinnlose ermittelt, auf die bei dem Ballonflug anlässlich der Fertigstellung des millionsten Volkswagens je ein Volkswagen zu gewinnen war.

Die Nummern der Gewinnlose sind: 259 370, 470 725 und 400 796. Diese Mitteilung erfolgt ohne Gewähr.

Beim Aufstieg der Ballons in Berlin war auf Grund der Windverhältnisse vermutet worden, daß als Gewinner in erster Linie Einwohner der Sowjetzone in Frage kommen würden.



„Du übertreibst ja ganz schön. Trotzdem die Sowjets 640 000 Mann entlassen, haben sie noch viele Millionen unter Waffen!“

Die schönsten Gärten

Bonn (DPA). Die Städte Kassel, Regensburg, Rastatt und Seelze (Hannover) haben die schönsten Kleingärten in der Bundesrepublik. Diese vier Städte sind die Sieger in dem vom Bundesminister für Wohnungsbau ausgeschrieben Kleingartenwettbewerb 1955.

Von Reue gepackt

Hamburg (DPA). Anscheinend von Reue gepackt, hat der aus Hamburg verschwundene fünfzig Jahre alte Kraftfahrer Heinrich Tegen 8600 DM Lohngeld in einem Schuhkarton zurückgeschickt. Tegen, der bei einer großen Baufirma in Altona beschäftigt war, hatte 22 000 DM Lohn-gelder unterschlagen. Die seltsame Sendung war als eingeschriebenes Päckchen aufgegeben. Tegen teilte seinem Arbeitgeber mit, daß er dieses Geld zurückgebe, da „das Leben doch keinen Sinn mehr“ habe.

Totoglück an der Zonengrenze

Tippgemeinschaft gewann 561 858 DM

Kassel (AP). Sechs Mitglieder einer Tippgemeinschaft in Großburschla (Kreis Eschwege) haben, wie sich am Montag ergab, als einzige Wetter des West-Süd-Blocks, diesmal alle zwölf richtig geraten.

Was das Glück bisher an diesen eifrigen, aber erfolglosen Tipffreunden versäumt hatte, machte es auf einen einzigen Schlag gut, denn die Gewinnquote betrug nicht weniger als 561 858,50 DM. Das ist die viert-

höchste Quote, die bisher im deutschen Fußballfoto gewonnen wurde.

Die meisten der sechs glücklichen Gewinner wohnen in einem Haus direkt an der Zonengrenze und haben einen Großteil ihrer in Eisenach (Sowjetzone) angelegten Spargroschen verloren. Der Wettgemeinschaft gehören ein Bäcker, ein Tischler, ein Gärtner, ein Gastwirt, ein Briefträger und ein Buchhalter an.

Helgoland 65 Jahre deutsch

Helgoland (DPA). Auf allen Fahnenmasten des Unter- und des Oberlandes und auch auf der Badedüne von Helgoland wehten vergangene Woche Flaggen. Anlaß war der 65. Jahrestag der Eingliederung der Insel in den deutschen Staatsverband.

Am 10. August 1890 war Helgoland gegen die in englischem Besitz befindliche ostafrikanische Insel Sansibar eingetauscht worden.

Zum erstmalig seit dem Kriege startete anlässlich dieses Feiertages die traditionelle Helgoländer Landungsboot-Regatta vor der Insel. Zwanzig Helgoländer Boote, mit „Insulanern“ und Badegästen besetzt, nahmen teil. Anschließend wurde auf der Badedüne gefeiert.

Grundstein für Hansaviertel

Berlin (Eigenmeldung). Der Wiederaufbau des Hansaviertels hat begonnen. Im westlichen Teil des Tiergartens wurde in Gegenwart des Bundesministers für Wohnungsbau der Grundstein für ein 17geschossiges Appartementhaus gelegt. Bausena-

Bessere Verbindungen

Frankfurt/M. (VWD). Für den Jahresfahrplan 1956/57 ist von westdeutscher Seite die Einrichtung einer Tages-Schnellzug-Verbindung zwischen Berlin und Frankfurt/M. vorgeschlagen worden. Weiter wurde beantragt, die bisherigen Nachtschnellzüge Berlin-Frankfurt nach Karlsruhe-Freiburg zu verlängern. Dem Wunsch der Berliner Wirtschaft, eine angemessene Tagesverbindung zwischen Berlin und München zu schaffen, kommt ein dritter Antrag nach.

SSD, herhören!

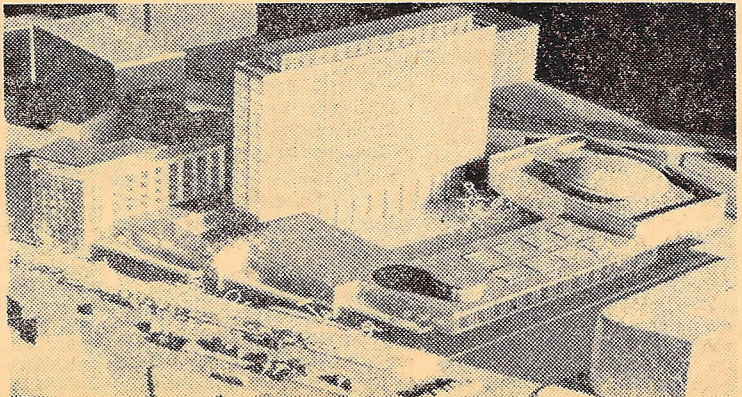
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Kurfürstendamm

— neu gestaltet

Die „prominenteste Ecke“ in der Zoogegend zwischen Kantstraße, Joachimstaler Straße und Kurfürstendamm wird sich nach den Entwürfen der Architekten in den nächsten Jahren völlig verändern. Der Ideenwettbewerb, den die Victoria-Versicherung als Eigentümerin der hier liegenden Grundstücke ausgeschrieben hatte, ist abgeschlossen worden.

Der erste Preis (Bild rechts) in Höhe von 10 000 DM wurde Prof. Dustmann (Düsseldorf-Bielefeld) zuerkannt. Das Modell zeigt im Vordergrund von links nach rechts unten den Kurfürstendamm, von ihm nach rechts abweigend die Joachimstaler Straße, wie sie künftig gestaltet werden soll. Die Höhe des großen Victoria-Versicherungs-Gebäudes wird sich ungefähr dem Allianz-Gebäude anpassen. Für die Neubauten mußten rund 600 Parkplätze eingeplant werden.



Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.